



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

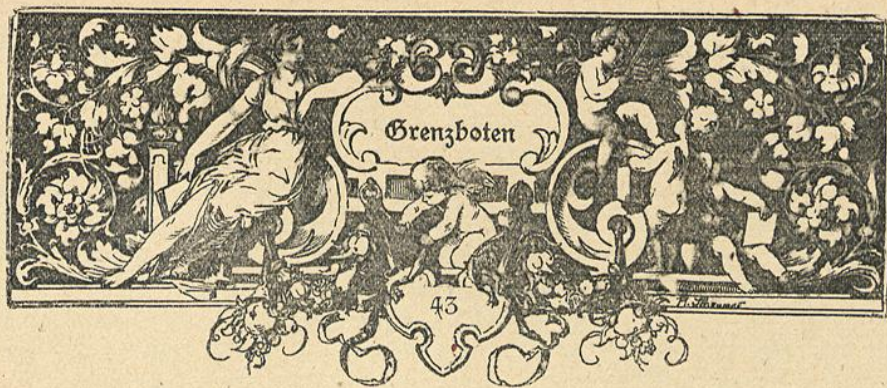
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Die Lage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Lage

Von Georg Kleinow



ie deutsche Regierung brauchte eine volle Woche, um auf Wilsons Herausforderung eine Antwort zu finden. Was schließlich zutage kam, konnte niemanden in der Heimat befriedigen, da es dem Gegner nicht einmal Achtung einzulösen vermag. Dennoch enthält die Antwort alles, was von ihr nach Lage der Dinge gefordert werden konnte: die ernste Bekundung des Friedenswillens. Es ist ein diplomatisches Aktenstück, das ziemlich unverhüllt den Zweck zur Schau trägt, das am 5. Oktober eingeleitete Friedensgespräch unter feinen Umständen abreißen zu lassen und die öffentlichen Erörterungen des Friedens über alle natürlichen Klippen und böswillig angebrachte Stauungen hinweg in Fluß zu bringen und zu erhalten. Das ist nicht mehr allein Dienst am Vaterlande, das ist Dienst an der Menschheit überhaupt und sollte geeignet sein, der neuen Regierung in der Welt Vertrauen und Freunde zu werben. Leider sind solche Menschheitsdienste in der großen Politik Wechsell auf die Zukunft vergleichbar, von denen niemand weiß, ob sie so rechtzeitig eingelöst werden können, daß sie seinem Adressaten noch Nutzen bringen. Friedrich der Große ließ sich durch den Dank der Menschheit nicht verlocken, gegen die Interessen seines Landes zu handeln: als er im Dezember 1745 vom französischen Gesandten Darget gedrängt wurde, seine Truppen marschieren zu lassen, um den Frieden Europas sicherzustellen, erwiderte er, die wahre Größe liege doch sehr viel mehr darin, für das Glück seiner Untertanen als für die Ruhe Europas zu sorgen. Auch wir haben wenig Vertrauen dazu, daß die Menschheit unseren Staatsmännern und durch sie uns je Dank wissen wird, wenn es gelingen sollte, durch Verhandlungen und Nachgiebigkeit das Kriegsende herbeizuführen. Die Schuld am Kriege wird stets dem Unterlegenen auferlegt. Welche Opfer er für den allgemeinen Frieden brachte, werden nicht einmal die Philologen nach tausend Jahren hervorzuheben wagen, weil Größe und Kultur sich stets an Kraft knüpft, an Sieg nicht an Untergang. Das ist Naturgesetz!

Inzwischen warten wir wieder, was die Entente für gut befinden wird, uns durch Wilson an neuen Forderungen zu unterbreiten. Durch die Kanzleien

der Wilhelmstraße und durch die Redaktionen, durch Parlamente und politische Klubs geht das entnervende Rästelraten: was wird Wilson antworten? In sehr belesen scheinenden Vorträgen wird uns der Charakter Wilsons und seiner Umgebung erklärt und aus ihm gefolgert werden, daß er nur das Beste für die Menschheit, also auch für uns im Auge und den alleinigen Ehrgeiz habe, der Welt den Frieden zu bringen, den ewigen natürlich! Das sei aber unerreichbar, sofern er den Versuch zuließe, Deutschland in einen Unterwerfungsfrieden zu zwingen. Wilson sei klug genug, Deutschland nicht zum äußersten zwingen zu wollen.

Gott gäbe, es wäre so und nicht anders! Viel Blut und Elend könnte gespart werden. Aber glauben kann ich es nicht! So wenig ich glauben kann, daß England unbezwungen von seiner Seeherrschaft etwas abtritt, durch Verträge und Vergleiche, wie eine gewisse Diplomaten-schule bei uns annimmt, so wenig kann ich mir denken, daß Wilson Sicherheiten für einen Weltvölkerfrieden, die er durch Schlachtenglück und kluge Diplomatie gemeinsam mit England gewann, aus der Hand geben sollte, ehe sie nicht doppelt in anderer Weise sichergestellt werden. Und einen Gegner freizugeben, in dem Augenblick, wo man sich sicher fühlt, ihm den Fang- oder Gnadenstoß versetzen zu können, mag einmal in der deutschen Ritterromantik Sitte gewesen sein, — im Hirn eines modernen Angelfachsen wächst solche Sentimentalität nicht!

Doch ich will mich nicht auf dasselbe Eis begeben, auf dem die Regierungsmänner herumgleiten, ohne einen festen Haltspunkt zu finden. Die Friedensmöglichkeiten lassen sich nicht ohne weiteres aus der Geistesverfassung dieser oder jener Persönlichkeit erklären, sondern ausschließlich aus dem jeweils vorhandenen Gesamt-Tatsachenmaterial, in dem eine Persönlichkeit wie die Wilsons selbstverständlich ein gewisses Gewicht hat, aber durchaus nicht zu jeder Zeit ausschlaggebend zu sein braucht. In zwei Punkten will ich den Standpunkt der Regierungsmänner annehmen: ich gebe zu, daß Wilson ernstlich bemüht ist, auf dem Erdball einen Zustand schaffen zu helfen, der die Wiederkehr einer Katastrophe wie den Weltkrieg nach menschlichem Ermessen unmöglich erscheinen läßt, und ich glaube, daß Wilson im Völkerbund das Instrument sieht, das die Autorität haben werde, den Frieden aufrecht zu erhalten. Hieraus kann ich aber nicht folgern, daß für Wilson ein schneller Friedensschluß oder wenigstens schnelle Einstellung der Feindseligkeiten aus Gründen der Menschlichkeit die zeitlich nächste Forderung sein muß, sondern ich folgere, daß seine nächste und dringendste Forderung ist und bleiben wird: die Garantie der Zuverlässigkeit seines Völkerbundes!

Der Völkerbund als Grundlage des Friedens! Das ist sein praktisches Ziel, dem sich alle anderen Interessen, soweit sie für ihn faßbar sind, zu unterwerfen haben. Ein paar tausend Menschenleben können dabei in Wilsons Rechnung nach den Gefatomben keine Rolle mehr spielen. Aus dieser Erwägung heraus war es falsch, von unserer Seite mit dem Friedensangebot zusammen auch das Waffenstillstandsangebot an Wilson zu richten. Die Verhandlungen um die Grundlagen des Völkerbundes können neben den Schlachten hergehen. Das Waffenstillstandsangebot hat unserem ersten Friedensschritt etwas Unsicheres gegeben, das die Gegner für ihre Zwecke unter ihren und unseren Bundesgenossen, unter den Polen, Russen und Dänen auszuwerten vermögen und unsere militärische Lage bei uns selbst in durchaus seltsamem Lichte erscheinen ließ.

Fassen wir den Völkerbund und nicht den Frieden als das Primäre in Wilsons Plänen ins Auge, so ergibt sich von selbst, daß nicht dem Wege zum Frieden, sondern dem Wege zum Völkerbunde Wilsons nächste Sorge gilt. Durch Deutschlands Unterwerfung unter die bekannten vierzehn Punkte Wilsons (S. Sest 41) ist Wilson vor die Wahl gestellt, ob er den Weg durch Waffengewalt und Gewaltdiplomatie oder durch Verträge und friedliche Rechtsgrundlagen zu seinem Ziele schreiten will. Im ersten Falle müßte Wilson sich entschließen, dem deutschen Volke den Garaus zu machen, — im zweiten es ihm ermöglichen, als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund einzutreten. Wilson wird unbekümmert um Blut und Tränen und deutsche oder sonstige Interessen den Weg schreiten, der ihm als der sicherste zu seinem Ziele erscheinen wird.

Wenn man die Antwort Wilsons zusammen mit den Kommentaren der Entente-Pressen liest, so muß man zu dem Glauben kommen, daß Wilsons Weg durch Waffengewalt und Gewaltdiplomatie führen soll, und die Kriegslage ist nicht dazu angetan, uns auf den anderen Weg zu weisen. Sehen wir sie uns einmal unter dem weltpolitischen Gesichtspunkte an.

Nachdem ein Durchbruch der deutschen Westfront bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist, bleibt als großer strategischer Erfolg für die Engländer die Besetzung der flandrischen Küste bis Zeebrügge. Der gesamte Geländegewinn in Belgien und Frankreich bleibt eine Summe taktischer Erfolge von verschiedenem Wert für die Entente, wenn man in Betracht zieht, daß die deutschen Linien erheblich verkürzt und begradigt werden konnten, während die Entente gezwungen ist, hunderttausende von Landeseinwohnern mit den großen Städten Cambrai, Douai, Lille usw., Städten mit zerstörtem Hinterland bei sich aufzunehmen, zu verpflegen und unterzubringen. Zu gleicher Zeit kommen die deutschen Truppen in dem Kriege so gut wie vollständig verschonte Gegenden und können dort ganz anders der Ruhe pflegen als die nachdrängenden Truppen der Entente, die fortan gezwungen sind unter Trümmern zu hausen. Die Schwierigkeiten der Front in Frankreich und Belgien aber wachsen auch durch den nahenden Winter, der die Entente zwingen dürfte, schon sehr bald auf die Mitwirkung der afrikanischen und indischen Hilfsvölker zu verzichten. Dadurch verliert der französische Kriegsschauplatz in strategischer Hinsicht an erstklassiger Bedeutung. Weltpolitisch und vom Standpunkt der Wilsonschen Völkerbundsziele aus ist es vom Augenblicke der Besetzung der flandrischen Küste durch England an für die Entente ziemlich belanglos, ob die deutschen noch einige tausend Quadratkilometer Frankreichs und Belgiens besetzt halten oder nicht, solange dadurch die Haltung der Pariser nicht ungünstig beeinflusst wird.

Nach dem militärischen Zusammenbruch Bulgariens und dem Verrat Malinows sind Balkanhalbinsel und Kleinasien mit den dazwischen liegenden Gewässern zum wichtigsten Kriegsschauplatz der Entente geworden. Bei der Politik der wirtschaftlichen Einkreisung, die England seit Jahr und Tag Deutschland gegenüber verfolgte, hat der Balkan stets als Hebelansatzpunkt eine hervorragende Rolle gespielt. Aber er war nicht voll auszuwerten, solange Ferdinand von Bulgarien zu Deutschland hielt. Erst jetzt wird der Weg für die See der Entente bis zu einem gewissen Grade frei, die in Bodeagatsch an Land gesetzt, ungehindert durch bulgarische Truppen nach Konstanza marschieren können und

von dort aus sowohl die Verbindung mit Rumänien aufnehmen wie auf der anderen Seite die Verbindung Deutschlands zur Türkei unterbinden könnten. Der Balkankriegsschauplatz gewinnt aber im Augenblick noch seine besondere Bedeutung für die Ziele Wilsons durch die gährenden Zustände bei den Westslawen.

Wie bekannt, hat Kaiser Karl durch ein Manifest allen seinen österreichischen Völkern die Selbständigkeit im Rahmen eines habsburgischen Bundesstaates verliehen. Durch das Manifest sollte ein selbständiges Deutschösterreich, ein Tschechien und ein Slowenien entstehen; Galizien sollte, geteilt, in seinem westlichen Gebiet zum reinen Polen geschlagen werden, während Ostgalizien als Galicz selbständiger Bundesstaat werden sollte. Auf das Manifest haben Tschechen und Südslawen ablehnend geantwortet. Sie verzichteten auf die kaiserliche Großmut und erklärten warten zu wollen, bis die Entente ihnen die Selbständigkeit verleihen und garantieren würde. In Paris hat sich ein tschechisches Ministerium gebildet; die Warschauer Polen hatten sich schon im Februar 1917 unter den Schutz Wilsons gestellt; in Ungarn erklärte der Parteiführer Karoly, seine und seiner Partei Sympathien ständen bei der Entente. — Schließlich ist auch Wilsons Antwortnote auf des Grafen Burian Friedensgesuch eingetroffen, in der über den alten Staat Habsburg rücksichtslos zur Tagesordnung übergegangen wird: Die Tschechoslowaken werden ausdrücklich als kriegführende Macht und Verbündete der Entente bezeichnet; Tschechen und die vierzehn slowakischen Komitate Ungarns ebenso wie die als Jugoslawen vereinigten Kroaten, Serben und Slowenen werden als selbständige Nationen anerkannt, mit denen die Entente fortan ohne die Vermittlung Wiens zu verhandeln gedenkt.

Somit reicht der politische Einfluß Wilsons zurzeit schon über den ganzen Balkan quer durch Ungarn, Mähren und Böhmen bis an den Kamm des Riesengebirges und im Osten durch Rumänien, Galizien, Polen, Posen bis nach Danzig. Das Deutschtum in Osterreich schwankt noch, ob es sich zu den Stammesgenossen im Reich oder zur Entente schlagen und sich so in das slawische Meer stürzen soll. So ist es unserer Diplomatie nicht nur nicht gelungen, den Ring, den Eduard der Siebente um uns schmiedete, zu zerbrechen, trotz aller militärischer Erfolge, sie hat es nicht einmal verhindern können, daß der Ring fester und enger und daß aus der Entente ein Völkerbund geworden ist, der alle Nationen Europas bis auf die deutsche und die verwandten Neutralen umfaßt. Das ist die bittere Erkenntnis der Lage, und allein aus dieser Lage und aus den durch sie bedingten Kräfteverhältnissen können wir folgern, welchen Weg Wilson zu wandern gedenkt, um sein Völkerbundsideal, also eine Macht, die künftige Kriege verhindert, zu erreichen. Ich kann mir nicht denken, daß Wilson die mühsam zusammengebrachte Macht in die Gefahr des Zerfalles bringen wird, lediglich um den Ansprüchen des eingekreisten Deutschtums gerecht zu werden. Wir können von ihm nur in dem Falle Berücksichtigung erwarten, wenn wir unbekümmert nachweisen, daß wir noch nicht am Boden liegen und uns selbst nicht preiszugeben wünschen. Wenn heute Maximilian Harden, Theodor Wolff und Georg Bernhard sich schon bereit erklären, um der Menschheit willen deutsche Gebiete preiszugeben, so sollte Wilson durch den Mund des Reichskanzlers erfahren, daß hinter diesen Berlinern die deutsche Nation nicht steht. Das deutsche Volk beginnt eben erst sich von dem Schreck über das Waffenstillstandsangebot zu erholen und zu sammeln. Es

wartet nur auf den Führer, der ihm die neue Parole zurufen wird. Wenn dieser Führer heute schon in der demokratischen Regierung vorhanden sein sollte, dann um so besser. Um die Form der Regierung würde sich im Augenblick kein Mensch in Deutschland sorgen, wenn die Regierung nur führen wollte. Darum brauchen auch die neuen Machthaber keinen inneren Feind zu fürchten. Es geht nicht um die Form der Reichsverfassung oder der Volksbeziehungen, sondern um das Deutschtum, um seine Erhaltung als Kulturfaktor in Europa. Solange sich unsere Regierungsmänner dieses bewußt sind, ist trotz der begangenen Fehler und trotz verlorener Schlachten noch nichts unwiderruflich hin. „Es ist keineswegs gesagt, daß zum Schluß wirklich der als Sieger aus dem Völkerringen hervorgehen wird, der die meisten Kanonen auf dem Schlachtfelde ins Feuer bringen kann. Als Soldat muß man an dem durch die Kriegsgeschichte aller Zeiten begründeten Glauben festhalten, daß die überlegene Führung eines großen Feldherrn sowie die Lüchtigkeit und Opferwilligkeit der kämpfenden Völker, wenigstens bis zu einem gewissen Maße, über Zahl und Rüstung siegen können“. (Egli.)



Die neue Verwaltungsordnung für die städtischen höheren Schulen

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt



eit geraumer Zeit streben die Städte eine Änderung der Verwaltung an den von ihnen errichteten höheren Schulen an. Eine Denkschrift des Städtetages, die im vorigen Jahre erschien, stellte Forderungen auf, die auf eine Kommunalisierung der Schulen hinausliefen. Eine amtliche Verlautbarung der Zentralstelle des Deutschen Städtetages faßt sie kurz in folgenden allgemeinen Grundfatz zusammen: „An die Stelle der jetzt nur so genannten Staatsaufsicht, die tatsächlich eine unmittelbare Verwaltungstätigkeit der Staatsbehörden bedeutet, muß mit Ausnahme der im einzelnen aufzuzählenden sogenannten ‚inneren Schulangelegenheiten‘, die Beschränkung auf eine wirkliche Staatsaufsicht treten.“ Deshalb soll bestimmt werden, daß die von den Gemeinden unterhaltenen Schulen Gemeindeanstalten sind, daß die Lehrer Kommunalbeamte sind. Der Staat schreibt Lehrpläne, Stoffe, Ziel, Ordnung des Unterrichts vor und erläßt Vorschriften über die Schulzucht. Die Gemeindeverwaltung hat das Recht der Einsicht in den Unterrichtsbetrieb und der Teilnahme an den Revisionen; sie stellt die Lehrer an. Gegen Verfügungen des Staates steht ihr die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu.

Durch die Gewährung dieser Forderungen wären die höheren Schulen kommunalisiert. Es erhob sich daher aus Oberlehrerkreisen heftigster Widerspruch. Man wies darauf hin, daß das geltende Recht den Forderungen der Städte widerspräche, daß das Interesse von Erziehung und Unterricht erheische, daß die von den Städten erhobenen Forderungen sämtlich abgelehnt würden.

Der Kultusminister suchte zu vermitteln. In langen Verhandlungen mit den Städten wurde erreicht, daß sie namentlich die Forderung fallen ließen, die Schulen sollten Gemeindeanstalten, die Lehrer Kommunalbeamte werden. Der Weg zur Verständigung wurde durch Einrichtung von „Schulausschüssen“ gefunden, die überall eingeführt werden sollen. Ihnen konnten, da sie einerseits